

# Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Zeitung

Erscheint täglich morgens mit Ausnahme der Tage nach den Sonntagen und Feiertagen.

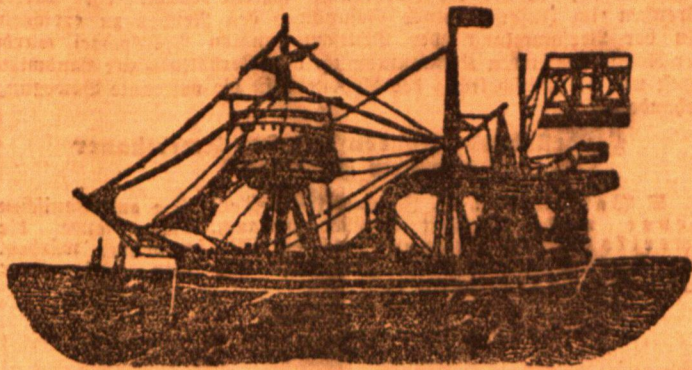
Vierteljährlicher Abonnementspreis pränumerando 16 M. 50 Pf., mit Botenlohn 18 M.

Auswärtige abonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für 17 M. 10 Pf. pro Quartal, bei Zustellung für 18 M.

Sprechstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend.

Für Aufbewahrung und Rücksendung unerlangt eingesandter Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.

Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.



Angaben werden für den Raum einer Kolonne...  
Ersatzteile von Abnehmern mit 80 Pf.,  
von Nicht-Abnehmern und Auswärtigen mit 1 M. berechnet.  
Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends,  
an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.  
Fernsprechnummern: 26 und 28.

9 Memel, Mittwoch, den 12. Januar 1921 73. Jahrgang

## Schwierigkeiten in der Eisenbahnerfrage

Berlin, 11. Januar. (Priv.-Tel.) Die Einigung zwischen Reichsregierung und Eisenbahnern scheint doch noch auf große Schwierigkeiten zu stoßen. Eine Mitteilung des erkrankten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnverbandes bezeichnet Verhandlungsergebnisse als völlig unzureichend. Der erkrankte Vorstand soll vor der endgültigen Beschlußfassung erst noch sprechende Schlüsse zur völligen Klärung der Sachlage tun. Die Lösung dürfte auf dem Wege erfolgen, daß der Vorstand des Deutschen Eisenbahnverbandes mit den drei übrigen großen Organisationen und auch mit dem deutschen Beamtenbund über eine gemeinsame Aktion beraten wird, um durch nochmalige Verhandlungen mit der Regierung weitere Zugeständnisse zu erwirken.

Berlin, 11. Januar. (Tel.) Das Kabinett beschäftigte sich mit der Frage der Erhöhung der Teuerungszuschläge für Reichsbeamten und Reichsarbeiter. Dem Wünsche der in der morgigen Konferenz der Finanzminister der Länder, vor endgültigen Stellungnahme gehört zu werden, wird in der auf Mittwoch anberaumten Sitzung Rechnung getragen werden. Das Kabinett machte gleichzeitig die Frage der Beschaffung neuer Mittel zur Befriedigung der bereits jetzt im ordentlichen Haushalt sich ergebenden Forderungen, die durch die Erhöhung der Teuerungszuschläge eine weitere Steigerung erfahren werden, zum Gegenstand einer eingehenden Erörterung. Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, über diese Frage eine grundsätzliche Stellungnahme der gesetzgebenden Körperschaften in Verbindung mit der Entscheidung der Teuerungszuschläge herbeizuführen.

## Der Danziger Buchdruckerstreik beigelegt

Am Abend vormittag fand in Berlin vor dem Tarifamt der Danziger Buchdrucker die Verhandlung zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgeber aus Danzig statt wegen Beilegung des vor acht Tagen in Danzig ausgebrochenen Buchdruckerstreiks. Es wurde eine Einigung zwischen beiden Parteien erzielt und beschlossen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Die Danziger Zeitungen sind wieder erschienen. Während des Streiks haben die bürgerlichen Organisationen ein gemeinsames „Nachrichtenblatt“ heraus, dessen Redaktion in den Händen einer aus je einem Redaktionsvertreter der Danziger bürgerlichen Blätter bestehenden Kommission lag. Gestern wurde das Blatt beim Westpreussischen Verlag A.-G. durch die Polizei zur Verfügung gestellt, bis zum Sonntagabend, den 8. Januar regelmäßig erscheinen konnte die Bevölkerung über die wichtigsten Tagesereignisse in knapper Form unterrichtet werden, wobei naturgemäß jede politische Färbung ausgeschlossen bleiben mußte. Das „Nachrichtenblatt“ wurde im Straßenverkauf äußerst lebhaft begehrt und erreichte bereits in wenigen Tagen eine gewisse Popularität beim Publikum.

## Der Streik im Gamborner Bezirk beendet

Gamborn, 10. Januar. (Tel.) Die Verwaltung der Thyssenwerke teilt mit, daß morgen früh die Hütte für einen beschränkten Betrieb wieder eröffnet werde. Da sich heute Tausende von Streikwilligen meldeten, ist der Ausstand auf den Schachtanlagen im Gamborner Bezirk so gut wie beendet.

## „Socialist Party of America“ lehnt den Anschluß an Moskau ab

Das Exekutivkomitee der amerikanischen sozialistischen Partei lehnt die Moskauer Bedingungen für den Anschluß an die III. Internationale ab. In der Begründung des Exekutivkomitees wird erklärt, daß Moskau den sozialistischen Parteien Methoden aufzwingen wolle, die für Amerika nicht anwendbar seien. Die Moskauer Bedingungen diktierten eine Politik der bewaffneten Kämpfe. Die Moskauer Politik sei lächerlich und autoritär. Die „Socialist Party of America“ Ende 1919 den Anschluß an Moskau beschloß und im März 1920 eine diesbezügliche Erklärung nach Moskau überlieferte. Moskau hatte jedoch diese Erklärung seiner Antwort gewürdigt. Nunmehr hat die amerikanische sozialistische Partei die Konsequenzen aus der Faltung Moskaus gezogen.

## Einführung der Altersgrenze für Beamte

Die Preussische Gesetzsammlung hat nunmehr das Gesetz betreffend Einführung einer Altersgrenze vom 15. 12. 1920 veröffentlicht, das mit dem 1. April 1921 in Kraft tritt und zu diesem Zeitpunkt auch auf diejenigen Beamten Anwendung findet, die die Altersgrenze bereits überschritten haben. Wir geben den wichtigsten Inhalt hier nochmals wieder: Unmittelbare Staatsbeamte und Volksschullehrer treten mit dem auf die Vollendung des 65. Lebensjahres zunächst folgenden 1. April oder 1. Oktober kraft Gesetzes in den Ruhestand.

Richterliche Beamte treten mit dem auf die Vollendung des 68. Lebensjahres zunächst folgenden 1. April oder 1. Oktober kraft Gesetzes in den Ruhestand. Mit dem gleichen Zeitpunkt werden die Lehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen von ihren amtlichen Verpflichtungen entbunden.

Das Gesetz findet auch Anwendung auf die Lehrer und Lehrerinnen an den städtischen höheren Schulen, Mädchenschulen und Mittelschulen.

Auf Antrag des Finanzministers kann das Staatsministerium für einzelne Beamten die Altersgrenze bis auf das 68. Lebensjahr hinauschieben, wenn das Interesse des Staates dies erfordert. Die Fortführung des Amtes durch ihn erfordert.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes können durch Ordinal-, (Provisorial- oder anderes) Statut auch für Kommunalbeamte in Kraft gesetzt werden.

## Ankunft amerikanischer Milchkuhe in Bremen

Berlin, 11. Januar. (Tel.) Nach einer Blättermeldung aus Bremen ist am 8. Januar der amerikanische Dampfer „West-Arrow“ von Calveiton abgegangen. Er trifft im Laufe dieses Monats mit 742 amerikanischen Milchkuhen in Bremen ein.

## Die Notlage Oesterreichs

Wien, 10. Januar. (Tel.) Die heute dem Generalsekretär der österreichischen Section der Reparationskommission übermittelte Denkschrift des Zentralbüros der österreichischen Staatsangehörigenvereinigungen verweist zunächst darauf, daß es dem internationalen Recht auf Grund des St. Germainer Friedensvertrages nicht nur für die Wiedergutmachung zu sorgen, sondern auch die Lebensnotwendigkeit Oesterreichs sicherzustellen. Die Denkschrift stellt im vollen Bewußtsein der Tragweite dieser Erklärung fest, daß, wenn den zu acht Zehntel halbverhungerten Angehörigen nicht in kürzester Zeit die Möglichkeit gewährt würde, sich einigermaßen zu ernähren, heute oder morgen mit einem Verzweiflungsausbruch gerechnet werden müsse, der das Ende des Bundesstaates bedeute. Das Ausbleiben Oesterreichs in seiner heutigen Gestalt werde aber auch das Ende jedes politischen Systems sein, das durch den Friedensvertrag geschaffen wurde.

Die in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchte über Rücktrittsabsichten der Regierung sind, wie von maßgebender Seite festgestellt wird, offenbar durch die von der Regierung rückhaltlos zugegebene kritische Lage der Staatsfinanzen hervorgerufen worden. Die Regierung ist sich aber im Klaren darüber, daß ihr Rücktritt in diesem Augenblick die Lage nur noch verschärfen würde. Sie wird ihre Bemühungen zur Ueberwindung der angeblichen Krise fortsetzen.

## Die Volksbefragung im Zeligowski-Gebiet

Warschau, 11. Januar. (Tel.) Das Pressebüro des Ministeriums für innere Angelegenheiten der Zeligowski-Regierung teilt der Warsauer Presse offiziell mit, daß die Vertreter der Zeligowski-Regierung im Einvernehmen mit der polnischen Regierung beschloßen haben, die Befragung der Bevölkerung solle auf Grund der durch Zeligowski's Dekret einberufenen Nationalversammlung und nicht auf dem Wege eines Plebiszits erfolgen. Falls der Völkerbund mit einem solchen Modus der Volksbefragung sich einverstanden erklärt, würde General Zeligowski die Kontrolle über die Wahlen zum Teil eventuell dem Völkerbund überlassen. Außerdem ist beschloßen worden, daß Zeligowski durch ein Dekret bekannt geben soll, daß die Frage der Zugehörigkeit des mittelasiatischen Gebietes zu Polen oder zur litauischen Republik als erster wesentlicher Punkt in der zu wählenden Nationalversammlung behandelt werden müsse. Die Wahlen sollen in dem ganzen von Zeligowski besetzten Territorium um Suda und in einem Teil des Bezirks Grodno ausschließlich der Stadt Grodno stattfinden. Litauer, Weißrussen und Juden haben offiziell einer Beteiligung an der Wahl ausgesetzt.

## Die traurige Ernährungslage Polens

Berlin, 11. Januar. (Tel.) Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ aus Warschau über die dortige Ernährungskrise herrscht in der Stadt völliger Brotmangel. Statt der benötigten 600 Waggons Wehl hat Warschau nach Auskunft des Versorgungsamts nur 60 erhalten. Infolgedessen hat in dieser Woche nur der siebente Teil der Bäckereien mit Wehl beliefert werden können. Der Zusammenbruch der städtischen Verpflegung wird auf die mangelnde Organisation und die gesunkenen Leistungen des Transports zurückgeführt.

## Die Einziehungen in Polen

In Polen werden die von den deutschen Militärbehörden eintreffend als untauglich ausgemerkten Leute erneut untersucht und ohne wesentliche Untersuchung als tauglich bezeichnet. Sogar solche Leute, die aus der deutschen Armee wegen Geisteskrankheit entlassen waren, wurden, wie aus Polen berichtet wird, wieder einbezogen. Vor der erneuten Einziehung sind zurzeit in Polen nur Greise und Kinder sicher. Das Landsturmbataillon in Stalmierzyce bestand nur aus garnisondienstfähigen Leuten, die fast durchweg kriegsbeschädigt waren. Ihre Papiere wurden alle besichtigt, so daß sie um alle ihre Ansprüche gebracht wurden.

## Für eilige Leser

Die Einigung zwischen der deutschen Reichsregierung und den Eisenbahnern scheint doch noch auf große Schwierigkeiten zu stoßen. Die Zeligowski-Regierung macht Mitteilungen über die Warsauer Volksbefragung.

Das städtische Verpflegungsamt in Polen soll vor dem Zusammenbruch stehen.

Amerikanisch-polnische Verhandlungen sollen den Abschluß einer polnischen Reise in Amerika bezwecken.

Bismarck's Reise nach Paris soll am 1. Februar erfolgen.

Die österreichischen Staatsangehörigenvereinigungen schildern in einer Denkschrift ihre verzweifelte Lage.

Die auf Gallipoli angelangenen Brangel-Truppen sollen gemuntert haben und auf Konstantinopel marschieren.

In Dublin sollen die Staatsminister die Proklamierung der irischen Republik versucht haben.

## Die Tätigkeit des deutschen Finanzdiktators

Berlin, 11. Januar. (Priv.-Tel.) Der Finanzdiktator Carl, der als Reichskommissar für das Finanzwesen nach Berlin berufen worden ist, hat bisher noch keine Gelegenheit gehabt, seine Tätigkeit aufzunehmen. Das muß anfallen, weil diese Einrichtung als besonders dringlich angesehen der schlechten Finanzlage anerkannt worden ist. Wie das „Berl. Tagebl.“ von gutunterrichteter Seite hört, hat der Reichskommissar sein Programm der Reichsregierung bereits vor zwei Monaten zur Entscheidung vorgelegt. Die Entscheidung ist aber immer wieder verzögert worden. Durch das Drängen der Öffentlichkeit ist die Reichsregierung veranlaßt worden, wenigstens zu erklären, daß die Entscheidung über das Programm in nächster Zeit erfolgen soll. Die Sache geht aber nur langsam vorwärts, weil die Gutachten der Reichsminister nur tropfenweise eingeht. Es wäre zu wünschen, daß der Finanzdiktator eublich in die Lage versetzt würde, seine Tätigkeit aufzunehmen.

## Die Kosten der Besetzung Deutschlands

London, 11. Januar. (Tel.) Der Berichterstatter des „Daily News“ will aus amtlichen alliierten Kreisen erfahren haben, daß die Kosten der Unterhaltung der verschiedenen alliierten Besatzungstruppen im Rheinland seit dem Waffenstillstand betrugen: Für das amerikanische Heer 268 474 170 Dollar, das britische 520 000 000 Pfund Sterling, das französische 2 002 908 000 Francs, das italienische 15 077 717 Lire und das belgische 814 040 000 belgische Francs. Außer den in natura erfolgten Lieferungen an die Besatzungsheere im Betrage von vielen Milliarden Mark zahlte Deutschland in Berlin bisher folgende Summen: Für das amerikanische Heer 608 Millionen Mark, das britische 266 Millionen, das französische 1 427 841 000 und das belgische 49 185 000 Mark. Der Berichterstatter fügt hinzu, es sei bedauerlich, daß die Vereinten Staaten in Brüssel nicht vertreten seien, wenn die Frage der Besatzungskosten erörtert werde; denn ein Vergleich zeige, daß die Unkosten des amerikanischen Heeres im Verhältnis zu denen des französischen phantastisch seien. Uebrigens betrügen nach neuester Schätzung amtlicher amerikanischer Persönlichkeiten die Unkosten für das amerikanische Heer 20 000 Dollar täglich oder 6 Millionen Mark.

## Der Fragebogen der Brüsseler Konferenz

London, 11. Januar. (Tel.) Der Berliner Vertreter des „Daily News“ meldet seinem Blatt die wichtigsten von den 41 Punkten, die in dem der deutschen Regierung in Brüssel vorgelegten Fragebogen enthalten sind. Sie beziehen sich u. a. auf die Papiergeldpolitik der deutschen Regierung, die Besteuerung hervorragender Privatvermögen, die Ein- und Ausfuhr, Einfuhrverbote, Steuern, Staatsvermögen und -Ausgaben, die Verwendung der auf Grund des Kohlenabkommens gezahlten Gelder, Zahl der Staatsangestellten, Kosten des Besatzungsheeres, deutsches Geld im Auslande, die Arbeitslosenfrage und ihre Ursachen, die finanzielle Lage der Eisenbahnen und die Kohlenlage in Deutschland.

Paris, 11. Januar. (Tel.) (Havas.) Nach einer Meldung der „Information“ wird Giotitti der Tagung des Obersten Rates nicht beiwohnen. Wie der „Matin“ meldet, hat der amerikanische Botschafter Wallace gestern Abend dem Ministerpräsidenten Lengua mitgeteilt, daß er von nun ab nicht mehr an den Sitzungen des Vorschaferrates teilnehmen werde. Er habe auch erklärt, daß die amerikanische Regierung auf der Sitzung des Obersten Rates vom 19. Januar sich nicht vertreten lassen werde. Nach einer anderen Meldung aus Washington werden die Vereinten Staaten jedoch fortfahren, sich im Reparationsausschuß und in der Rheinlandkommission vertreten zu lassen.

## Neue deutsche Delegierte für Brüssel

Berlin, 11. Januar. (Tel.) Im weiteren Verlaufe der Sachverständigenkonferenz in Brüssel wird die Frage der industriellen Organisation der deutschen Lieferungen besondere Bedeutung erlangen. Die Reichsregierung schlägt daher den alliierten und assoziierten Regierungen vor, daß neben dem Staatssekretär Bergmann und dem Reichsbankpräsidenten Hagenstein die vom Reichsverband der deutschen Industrie benannten Generaldirektor Bögl er und Kommerzienrat Peter Klöckner als deutsche Delegierte an den weiteren Verhandlungen teilnehmen.

Wie die „D. Z.“ am Mittag meldet, werden Dienstag nachmittag die beteiligten Reichsminister mit dem Reichsminister Simon zu einer Konferenz zusammenzutreten, in der Staatssekretär Bergmann den ersten eingehenden Bericht über die bisherigen Ergebnisse der in Brüssel und sodann in Paris gepflogenen Verhandlungen erstatten wird. Eine Politik für die Weiterführung der Verhandlungen in Brüssel ist bis zur Stunde noch nicht festgelegt worden. Wenn man auch nach dem bisherigen Verlauf der bisherigen Verhandlungen ein gewisses Verständnis der Entente für unsere wirtschaftliche Lage erhoffen darf, so würde sich doch, wie das Blatt schreibt, eine große Schwierigkeit daraus ergeben, daß die deutschen und die französischen Schätzungen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands weit auseinandergehen.

## Churchill in Paris

Paris, 11. Januar. (Priv.-Tel.) Der englische Kriegsminister Churchill ist am Montag in Paris angekommen. Damit hat die Untersuchung bzw. Nachprüfung hinsichtlich der deutschen Abrüstung und die Art der Verhandlungen über die Abrüstungs- und Entschädigungsfragen begonnen. Man rechnet mit mehrtägigen interalliierten Verhandlungen zwischen den englischen und französischen Regierungsmitgliedern.









